

Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg

An die Parteivorsitzenden von
Bündnis 90/Die Grünen
Frau Simone Peter, Herr Cem Özdemir
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

Ansprechpartner: Tobias Münchmeyer
Stv. Leiter der Politischen Vertretung

E-Mail:
tobias.muenchmeyer@greenpeace.org
Telefon: 030-308899 - 21

GREENPEACE

15. November 2017

- OFFENER BRIEF -

**Klimaschutz und Regierungs-Sondierung:
Grüne Vorschläge zu schwach, um 2020-Ziel erreichen zu können**

Sehr geehrte Frau Peter, sehr geehrter Herr Özdemir,

Bündnis 90/Die Grünen haben bei der Bundestagswahl mit 8,9% ein besonders gutes Ergebnis erzielt, das zweitbeste in der Geschichte Ihrer Partei. Ein Grund für das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler lag in der besonders starken Akzentuierung des Wahlkampfes und des Wahlprogramms auf die Kernkompetenz Ihrer Partei: den Umwelt- und Klimaschutz. Dies kam nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass die ersten drei Punkte Ihres „10-Punkte-Plans“ die Themen Klima /Kohle, Energiewende und Agrarwende adressiert haben.

Nach der Bundestagswahl hat die Vorsitzende der stärksten Partei, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Sie zu Sondierungsgesprächen eingeladen. Die Gespräche laufen seit dem 19.10.2017 und werden von der Öffentlichkeit mit hoher Aufmerksamkeit verfolgt. Ein wichtiges Thema in diesen Gesprächen ist der Klimaschutz.

Ich denke wir stimmen darin überein, dass es inakzeptabel ist, dass die Vertreter von CDU/CSU und FDP das Klimaschutzziel 2020 zur Disposition gestellt haben, das in der Zeit der Großen Koalition 2005-2009 verankert und in der Zeit der schwarz-gelben Koalition 2009-2013 vor und auch nach dem Beschluss zum Atomausstieg bestätigt worden ist.

Wir erkennen positiv an, dass Sie darauf gepocht haben, dieses Ziel aufrecht zu erhalten und auch zu erreichen, was eigentlich selbstverständlich sein sollte. Zudem haben Sie – im Gegensatz zu Union und FDP – die Größe der Lücke korrekt benannt, so wie sie nach dem Stand der Wissenschaft auch vom Bundesumweltministerium prognostiziert wird, nämlich unter Einbeziehung bereits beschlossener Maßnahmen

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG, KTO 33 401, BLZ 430 609 67; BIC GENODEM1GLS, IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01
Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Greenpeace e. V. T 040. 306 18 -0, F 040. 306 18 -100, mail@greenpeace.de, www.greenpeace.de
Anschrift Greenpeace e. V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg
Anfahrt U-Bahn: U 4, Station: Überseequartier; Bus: Linie 111, Station: Osakaallee oder Shanghaiallee
Politische Vertretung Berlin Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, T 030. 30 88 99-0, F 030. 30 88 99-30

zwischen 94 und 104 Millionen Tonnen CO₂ (Mio. t)¹ - oder sogar noch leicht darüber, in der Größenordnung von ca. 116 Mio. t (Agora-Energiewende)².

Leider müssen wir nun aber feststellen, dass Sie in den Sondierungsverhandlungen offenbar ohne Not nachgegeben haben, sowohl was die Höhe der nötigen Einsparungen als auch das Tempo des Kohleausstiegs betrifft. In einem Entwurf vom 11.11.2017, der uns seit gestern vorliegt, heißt es

“[„Mindestens die Hälfte dieser Lücke wird durch die Reduzierung der Kohleverstromung geschlossen. Daraus folgt, dass die Kohleverstromung bis zum Jahr 2020 um 8 bis 10 Gigawatt zu reduzieren ist.“ [Grüne]]”

Zudem haben Sie am Freitag, den 10.11.2017, über den Kurzmitteilungsdienst Twitter eine Graphik verbreitet, die illustriert, wie die Grünen die Lücke schließen wollen. Demnach sollen von den 114 Mio. t Einsparungen nur 50 Mio. t, also deutlich weniger als die Hälfte, durch die Stilllegung von Kohlekraftwerken erbracht werden. Dies überrascht auch deshalb, weil Ihre Bundestagsfraktion noch vor weniger als einem Jahr in ihrem „Notfallprogramm für Klimaschutz“³ vorgeschlagen hat, 78 Mio. t durch eine Stilllegung von Kohlekraftwerken zu erbringen.

Wir als Greenpeace lehnen diese schwache Position in Bezug auf den Kohleausstieg entschieden ab, aus folgenden zwei Gründen:

1. Das nationale Klimaziel für 2020 lässt sich nicht ohne eine Reduktion der Kohleverstromung um mindestens 88 Millionen Tonnen CO₂ erreichen. Wie eine Kurzanalyse des wissenschaftlichen Instituts „Energy Brainpool“, die wir heute veröffentlicht haben (s. Anlage), bestätigt, ist die Stilllegung eines ganz erheblich größeren Umfangs von Kohlekraftwerken, als die von Ihnen vorgeschlagenen „8 bis 10 Gigawatt“ bis zum Jahr 2020 möglich, ohne dass die Versorgungssicherheit gefährdet wird. Die Berechnungen ergeben, dass die Stilllegung in der Größenordnung von 17 GW möglich ist. Andere Institute (z.B. das Öko-Institut) halten sogar Abschaltungen im Umfang von bis zu 23 GW für möglich.⁴ Das bedeutet, dass mehr als doppelt so viel Kohlekapazität stillgelegt werden kann und sollte, als Sie es in den Sondierungen vorschlagen.
2. Es erscheint uns als sehr ungewiss und politisch unrealistisch, dass die über die Kraftwerksschließungen hinaus genannten Maßnahmen und Instrumente, die Sie in Ihrer Graphik anführen, tatsächlich bis 2020 Emissionsminderungen im Umfang von 64 Mio. t erbringen werden. Dies möchten wir an folgenden Beispielen verdeutlichen:

a. Gebäudesanierung – 18 Mio. t?

Die Sanierungsrate im Gebäudebereich liegt derzeit bei jährlich etwa einem Prozent des Bestands. Ebenso verhält es sich bei einem etwaigen Heizungsaustauschprogramm. Auch bei diesem ist die Austauschrate bislang sehr gering, der finanzielle Bedarf erheblich und die administrative Vorlaufzeit für eine Umsetzung zu beachten.

¹ <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/klimawandel-deutschland-hinkt-seinem-klimaziel-hinterher-1.3702329>

² https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2015/Kohlekonsens/Agora_Analyse_Klimaschutzziel_2020_07_092016.pdf

³ https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/klimaschutz/pdf/gruenes-notfallprogramm-klima.pdf

⁴ http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Studie_Zukunft_Stromsystem_-_Kohleausstieg_2035.pdf

Hinzukommen müsste eine Vielzahl von weiteren Maßnahmen, deren Wirkgeschwindigkeit ebenfalls als mittelfristig einzustufen ist. Bis also maßgebliche CO₂-Einsparungen aus der Gebäudesanierung eintreten, vergehen einige Jahre. Auch deswegen haben im "Aktionsprogramm Klimaschutz 2020", dem vorherigen Versuch zur Rettung des Klimaziels 2020, Maßnahmen bei der Gebäudesanierung mit einem Einsparpotenzial von 5,7 bis 10 Mio. t CO₂ nur einen sehr kleinen Anteil von rund 10 Prozent am gesamten Einsparvolumen ausgemacht. Es ist nun, zwei Jahre vor Erreichung des Jahres 2020, nicht wahrscheinlich, aus diesem Sektor schnell wirksame Maßnahmen zu identifizieren und politisch umzusetzen.

b. Solar & Windkraft – 12 Mio. t?

Unbestreitbar ist der Ausbau Erneuerbarer Energien eines der wichtigsten Klimaschutzinstrumente. Allerdings nur unter einer Bedingung: Wenn der Stromabsatz für deutsche Kraftwerke endlich wäre und Ökostrom Energieerzeugung aus Kohle verdrängen würde. Dies ist aber derzeit nicht der Fall. Obwohl Deutschland in den letzten Jahren viele Windräder und Solarpaneele installiert hat, sind die Kohle-verstromung, und damit auch die CO₂-Emissionen, nicht gesunken. Vielmehr sind die Stromexporte aus Kohlekraftwerken in die Höhe geschossen. Die einzigen fossilen Kraftwerke, die bislang verdrängt wurden, sind vergleichsweise CO₂-arme Gaskraftwerke. Die CO₂-Emissionen sinken lediglich, wenn die Stromerzeugung aus Kohlekraftwerken politisch reduziert wird. Der alleinige Effekt eines schnelleren Ausbaus Erneuerbarer Energien auf das Emissionsniveau ist sehr gering, keinesfalls liegt er bei 18 Mio. t. So weist der Projektionsbericht für eine zusätzliche Produktion von 12 Terawattstunden Ökostrom gerade einmal eine Emissionsminderung von 5 Mio. t. aus. Hinzu kommt: Der Realisierungszeitraum für den Bau zusätzlicher Windkraftanlagen beträgt gut 2 Jahre. Für die Erreichung des 2020-Ziels kann ein beschleunigter Ausbau Erneuerbarer Energien also kaum etwas beitragen - für die mittelfristigen Klimaziele wie das 2030-Ziel ist er allerdings unerlässlich.

c. Verkehr – 9 Mio. t?

Wir brauchen die Verkehrswende für den Klimaschutz! Allerdings gibt es nicht viele Maßnahmen, die bereits 2020 große Wirkungskraft entfalten könnten. Ein allgemeines Tempolimit von 100 km/h auf deutschen Autobahnen ließe sich schnell umsetzen, brächte allerdings nur Einsparungen von 5 Mio. t. Eine sofortige Abschaffung des Dienstwagenprivilegs könnte die noch verbleibende Lücke schließen. Es ist aber fraglich, ob es gelingt, diese beiden Maßnahmen wirklich durchsetzen können, angesichts der Tatsache, dass schon die Verankerung eines Enddatums für die Zulassung von PKW mit Verbrennungsmotor am Widerstand der anderen Jamaika-Parteien gescheitert ist.

d. Moorschutz – 7 Mio. t

In der Tat muss Moorschutz zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens eine wichtige Rolle spielen. Das Einsparungspotenzial ist aber lediglich mittel- bis langfristig zu realisieren. Bis 2020 ist wohl auch mit den drastischsten Maßnahmen mit kaum mehr als 2 Mio. t Emissionsreduktion zu rechnen.

e. Dieselsubventionen – 6 Mio. t

Wir brauchen das Ende der Dieselsubventionen - für den Klimaschutz und für den Schutz der Menschen in unseren Städten! Es gibt aber bisher noch erhebliche Wissenslücken (z.B. Verlagerungseffekte von Diesel- zu Benzin-Pkw), die eine zuverlässige Prognose des Einsparpotentials erschweren. Darüber hinaus ist sehr fraglich, ob sich eine Abschaffung der Dieselsubventionen bei den anderen Jamaika-Parteien durchsetzen lässt.

Aus diesen Gründen möchten wir zwei Tage vor Ende der Sondierungen festhalten, dass wir davon überzeugt sind, dass mit Ihrem halbherzigen Vorschlag das 2020-Klimaziel nicht erreicht werden kann. Wir fordern Sie dringend dazu auf, in den Sondierungsverhandlungen einen ehrgeizigeren Vorschlag vorzulegen und durchzusetzen.

Uns ist bewusst, dass Sondierungen und Koalitionsverhandlungen Kompromissbereitschaft verlangen. Kompromisse dürfen allerdings nicht zur Aufgabe von bereits beschlossenen Zielen führen und die existenzielle Frage des Klimaschutzes untergraben. Klimaschutz kennt keine Kompromisse.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Kaiser
Geschäftsführer Kampagnen

Anlage:

„Bewertung zum Kohleausstiegspfad“ des wissenschaftlichen Instituts „Energy Brainpool“, Berlin, November 2017